

FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 2 / Juni 2011
10. Jahrgang



Links: Menschenkette beim Atomkraftwerk Neckarwestheim, rechts: Ostermarsch Ellwangen

Das nukleare Zeitalter beenden!

Die Pressehütte Mutlangen engagiert sich seit ihrem Bestehen gegen die nuklearen Gefahren: die Atomwaffen und die Nutzung von Atomenergie auf der Erde und im Weltraum. Die Entscheidung, auf sichere, saubere Energie zu wechseln ist nicht technischer, sondern politischer Art, erklärt Karl Grossman im nachfolgenden Artikel für das „Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space“.

Präsident Obama nimmt eine schändliche Rolle durch seine Fördern der Atomenergie auf der Erde und im Weltraum ein. Als Präsident hat er seine kritische Position, die er als Kandidat hatte, aufgegeben. Selbst nach Fukushima will er die Atomindustrie mit Milliarden Dollar aus Steuergeldern durch den Bau von neuen Atomkraftwerken wieder beleben. Gleichzeitig drängt seine Regierung auch auf die Erneuerung der atomaren Nutzung im Weltall durch die Wiederaufnahme der U.S. Produktion von Plutonium 238 als Energie für Weltraumsonden.

Dahinter stehen starke Interessengruppen: die staatlichen Agenturen, die die Atomkraft antreiben, in den USA vor allem die nationalen Atom-Laboratorien, deren Eigener, das Energieministerium und die Atomindustrie, darauf erpicht sind, vom Verkauf nuklearer Technologien zu profitieren trotz der Gefahren für die Menschheit.

DAS GLOBAL NETWORK FORDERT: DAS ENDE DER ATOMKRAFT AUF ERDEN.

Das ist möglich, obwohl die Atomindustrie das bestreitet. In den USA, wo der Anteil von Atomstrom bei 20% liegt, gibt es eine Reservekapazität

von Strom von 20 %. Alle 104 Atomkraftwerke sollen - und müssen - sofort abgeschaltet werden, die Reserven dazu sind ausreichend. Gleichzeitig können und müssen in allen Bereichen Anstrengungen zum Ausbau von sicheren und sauberen Energien gemacht werden. Anstatt die Ausdehnung der Atomkraft weltweit zu fördern, muss die Atomindustrien abgebaut oder in grüne Energietechniken umgewandelt werden.

DAS GLOBAL NETWORK FORDERT: DAS ENDE DER ATOMKRAFT IM WELTALL.

1964 stürzte SNAP-9A, ein mit Plutonium betriebener Satellit ab. Er löste sich in seine Bestandteile auf und das Plutonium wurde in weitem Umkreis verteilt. Es ist ursächlich für das Ansteigen von Lungenkrebs auf der Erde. Das Unglück hat gezeigt, wie töricht der Gebrauch von Atomkraft über unseren Köpfen ist.

Aber es gibt sicherere Alternativen, um die Weltraumeinrichtungen mit Energie zu versorgen. In ein paar Monaten wird NASA's solarbetriebenes Raumschiff Juno zu einer fünfjährigen Jupiter-Mission starten. Es ist noch nicht so lange her, dass die NASA entschieden darauf bestanden hat, dass außerhalb der Umlaufbahn des Mars Sonnenenergie nicht die Atomkraft ersetzen kann. Nun ist es möglich.

Solange der nukleare Moloch nicht gestoppt wird, leben wir alle in Hiroshima, Nagasaki und Fukushima.

● Karl Grossman
Übersetzung: Christa Schmaus

Inhalt

Was lernen wir aus Tschernobyl – Fukushima?



Foto: DigitalGlobe/Wikipedia

Mit dem Uranabbau beginnt der Weg zur Bombe und zum GAU. Berichte und Gedanken zu Aktionen, Ausstellungen, Vorträgen und Veranstaltungen.

S. 2-4

Wann kommen die Bomben weg?



Bild: Titel der Studie TKV-Pax Christi

Eine Studie erfragt, was die NATO-Staaten über die nuklearen Teilhabe denken. Überraschung: Nur drei Staaten sind gegen den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa.

S. 5-8

Wann werden die Bomben verboten? Eine Briefaktion erinnert die Bundestagsabgeordneten an ihren gemeinsamen Beschluss.

S. 9

Was will Deutschland im Welt- raum? Eine kritische Betrachtung des deutschen Weltraumprogramms.

S. 10

Verabschiedung in den Ruhestand Bernd Grimpe hat in Hannover Jahrzehnte die Mayors for Peace begleitet.

S. 11

Liebe FriedensfreundInnen,
wir erlebten in den letzten Monaten und Wochen Katastrophen und Ereignisse, die uns deutlich machen, wie Altes und Neues miteinander ringen.

Die arabische Welt ist im Umbruch. Es erfüllt uns mit Hoffnung, dass gewaltlose Aufstände autoritäre Herrschaftssysteme ins Wanken und zum Stürzen bringen. Mit Entsetzen müssen wir dort aber auch erleben, wie der Westen mit Gewalt und Krieg eingreift und dabei das Völkerrecht verletzt: mit den Bombardierungen in Libyen und der Erschießung Bin Ladens. Wir erleben, wie durch die Berichterstattung in den Medien durch Politiker die Gewalt gerechtfertigt wird. Wir müssen unsere Stimme dagegen erheben. Am 12. März waren viele von uns in der Menschenkette vom Atomkraftwerk Neckarwestheim nach Stuttgart. Wir waren sehr viele - zutiefst betroffen, dass am Tag zuvor in Japan die Erde bebte und einen verüsterten Tsunami auslöste sowie die Atomkatastrophe von Fukushima.

Ein Marathon von Mahnwachen, Gebeten für Japan, Demonstrationen und Aktionen begann.

Die Bundeskanzlerin ließ die gefährlichsten Atommeiler vom Netz nehmen, in Baden-Württemberg haben wir eine grün-rote Landesregierung gewählt. Auch hier erleben wir Umbruch.

Die Gier nach Macht und Profit stemmt sich den notwendigen Änderungen entgegen. Beharrlich und gewaltfrei werden wir dafür eintreten, dass diese Welt eine andere wird, denn das ist möglich.

Mit herzlichen Grüßen



Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh) ●



Regina Hagen spricht beim Ostermarsch Ellwangen

Atomenergie und Atomwaffen haben aber mehr gemein als die Strahlung: Sie basieren auf der gleichen nuklearen Kette. Zum Jahrestag von Tschernobyl schrieben dieses Jahr neun TrägerInnen des Nobelpreises für Frieden - sechs Frauen und drei Männer - die Staats- und Regierungschefs der 31 Staaten an, in denen nukleare Leistungsreaktoren betrieben werden oder entsprechende Pläne bestehen: „Die Befürworter von Atomenergie müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass Programme zur Erzeugung von Atomenergie die Zutaten liefern, die für den Bau von Atomwaffen benötigt werden.“ Und sie weisen darauf hin, dass es im Konflikt um das Atomprogramm in Iran genau um diesen Zusammenhang geht.



Kraniche - Gebet für Japan

In den Wochen vor Ostern beteiligten wir uns am täglichen ökumenischen Gebet für Japan. Danach fand das Gebet wöchentlich vor der Montagmahnwache für den Atomausstieg statt. Über 1.700 Kraniche wurden von Menschen aus Schwäbisch Gmünd gefaltet und sind nun in der katholischen Kirche St. Peter und Paul aufgehängt.



Volker Nick, Baubürgermeister Julius Mihm, Dr. Jörg Schmid und Lotte Rodi bei der Ausstellungseröffnung

Vor 25 Jahren explodierte das Atomkraftwerk Tschernobyl. Zusammen mit der Volkshochschule Schwäbisch Gmünd organisierten wir eine Ausstellung mit Bildern der ukrainischen Fotografin Elena Filatowa, zusammengestellt von der Bürgerinitiative Staufen. Zur Eröffnung sprach Dr. Jörg Schmid von der IPPNW Stuttgart. Er machte auf den Umstand aufmerksam, dass die Weltgesundheitsbehörde WHO keine unabhängigen Studien zu Strahlenkrankheiten veröffentlichen darf ohne Zustimmung der IAEA. Deshalb werden nur niedrige Opferzahlen genannt. Auch seien nur Krebserkrankungen als Folgen anerkannt. Doch Strahlung greift das gesamte Immunsystem an und so lassen sich statistisch bei Nuklearanlagen Steigerungen von Krankheitsbelastungen in den unterschiedlichsten Bereichen nachweisen. Dies gelte für Tschernobyl, aber auch für Kernkraftwerke ohne dramatische Zwischenfälle.



Schüler des Hochbegabten Gymnasiums besuchen Mutlangen

Die Teilnehmer des Projekts Campusmuseum führen Recherchen bezüglich der amerikanischen Pershing-II-Atomraketenstationierung in Mutlangen in den 80er-Jahren und der daraus resultierenden Proteste der Friedensbewegung durch. Jakob Schröder, Florence Schimmel, Jakob Schiele und David Müller betrieben praktisch „Friedensarchäologie“, als sie gemeinsam mit Wolfgang Schlupp-Hauck und dem begleitenden Lehrer Stefan Weih die ehemaligen Munitionsbunker und Spuren der inzwischen schon von einem Neubaugebiet überwachsenen Militärbasis besuchten. In der Pressehütte unterhielten sie sich mit weiteren Zeitzeugen und Friedensaktivisten, darunter Lotte Rodi und Volker Nick.



Foto: wsh

Atomkraftwerk Gundremmingen

EURATOM – ein anachronistischer Vertrag zur Förderung der Nuklearindustrie

Wer sich noch an die 50er-Jahre erinnern kann weiß, dass damals praktisch alle Menschen fasziniert waren von den unerschöpflich scheinenden Möglichkeiten der zivilen Nutzung der Atomenergie. An mögliche Gefahren und das Problem der Abfallbeseitigung dachte noch kaum jemand. Genau aus dieser Zeit stammt der EURATOM-Vertrag zur Förderung der Nuklearindustrie.

Trotz aller Fortschritte bei der Energieerzeugung auf anderen Wegen, trotz Tschernobyl und Fukushima und trotz der Änderungen im Bewusstsein der Menschen gilt der EURATOM-Vertrag bis heute praktisch unverändert.

Die ersten Atomkraftwerke dienten ausnahmslos dazu, Uran oder Plutonium für Atomwaffen zu erzeugen. Erst im Jahre 1957 ging das erste Atomkraftwerk zur Energieerzeugung für zivile Zwecke in Großbritannien ans Netz. Im selben Jahr wurde die Europäische Atomgemeinschaft gegründet. Sie entstand damals parallel zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie der ebenfalls durch die Römischen Verträge gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Aber während der Kohle- und Stahl-Vertrag auf 50 Jahre befristet war und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zunächst in die Europäische Gemeinschaft und 2009 in die Europäische Union überging, hat die Europäische Atomgemeinschaft nur ihren Namen in EURATOM geändert. EURATOM hat kein Ablaufdatum!

Ziel der Gemeinschaft ist es, die Forschung auf dem Nukleargebiet zu fördern und die Voraussetzungen für den Ausbau der Kernenergie zu schaffen. Es gibt für keine andere Energieform, ja überhaupt für kein anderes Wirtschaftsgebiet eine ähnliche Einrichtung. Eine Folge davon sind krasse Wettbewerbsverzerrungen. So werden z.B. bis heute 81% der Forschungsgelder im Energiebereich der Nuklearforschung zur Verfügung gestellt (hauptsächlich Fusionsforschung), während alle anderen Energieformen sich mit den restlichen 19% begnügen müssen.

Ein weiteres Ärgernis ist, dass der Beitritt neuer Staaten zur EU praktisch mit einem Beitritt zu EURATOM verknüpft ist. So gab es z.B. in Österreich 1989 eine Volksabstimmung über den Beitritt zur EU, ohne dass die Bevölkerung über den gleichzeitigen Beitritt zu Euratom informiert wurde. Dabei hatten die Österreicher sich ja 1978 in einer Volksabstimmung gegen Atomkraft ausgesprochen!

Eine Abschaffung oder Änderung des Euratom-Vertrags ist dringend notwendig, um die krasse Bevorzugung der Atomenergie zu beenden. Ein Schritt in diese Richtung könnte ein Austritt einzelner Staaten wie z.B. Österreich oder Dänemark sein, die ohnehin Atomkraft ablehnen.



Die Anti-Atom-Bewegung in Österreich hatte im letzten Jahr ein Volksbegehren „Raus aus EURATOM“ gestartet. 98.678 ÖsterreicherInnen haben das EURATOM-Volksbegehren unterstützt, um 1.322 Unterschriften zu wenig, um eine Behandlung im Parlament zu erreichen. Unmittelbar nach der nuklearen Katastrophe von Fukushima zeigte eine repräsentative Umfrage von OEKONSULT, dass es 82% bedauerten, nicht unterschrieben zu haben.

Ob der Austritt rechtlich möglich ist, ist umstritten, aber es gibt mehrere Gutachten, die es für möglich erklären. Luxemburg, Griechenland und Irland verlangen eine Reform. Konzepte gibt es, auch zur Gründung einer Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (Erene).

Jedenfalls ist hier eine wichtige Aufgabe auch für die Friedens- und Ökologiebewegung, auf ihre Politiker einzuwirken.

● Lotte Rodi

Weitere Informationen:

- **Plattform gegen atomare Gefahren Salzburg**
www.plage.cc
- **Atomstopp Oberösterreich**
www.atomstopp.at

Zwischenruf: Atomfrei jetzt!

Dass Deutschland aus der Atomenergie aussteigt ist Konsens im Bundestag und in der Bundesregierung, gerungen wird nur noch darum, ob von den nach Fukushima abgeschalteten Atommeilern der eine oder andere nochmals ans Netz darf, und über die Restlaufzeit der übrigen Reaktoren.

Auch ein atomwaffenfreies Deutschland wird von allen Parteien angestrebt, dem Außenminister ist es ein persönliches Anliegen, die Forderung nach Abzug der Atomwaffen ist im Koalitionsvertrag festgehalten.

Wäre es jetzt nach Fukushima nicht an der Zeit, es unseren österreichischen Nachbarn gleichzutun und in die Verfassung zu schreiben: Deutschland ist atomfrei. Der Österreichische Nationalrat hat bereits 1999 das Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich beschlossen. Darin heißt es:

1. In Österreich dürfen Atomwaffen nicht hergestellt, gelagert, transportiert, getestet oder verwendet werden. Einrichtungen für die Stationierung von Atomwaffen dürfen nicht geschaffen werden.

2. Anlagen, die dem Zweck der Energiegewinnung durch Kernspaltung dienen, dürfen in Österreich nicht errichtet werden. Sofern derartige bereits bestehen, dürfen sie nicht in Betrieb genommen werden.

3. Die Beförderung von spaltbarem Material auf österreichischem Staatsgebiet ist untersagt, sofern dem völkerrechtliche Verpflichtungen nicht entgegenstehen. Von diesem Verbot ausgenommen ist der Transport für Zwecke der ausschließlich friedlichen Nutzung, nicht jedoch für Zwecke der Energiegewinnung durch Kernspaltung und deren Entsorgung. Darüber hinaus sind keine Ausnahmegenehmigungen zu erteilen.

Die Anti-Atombewegung kämpft jetzt darum, dass der Atomausstieg bald und unumkehrbar vollzogen wird, die Friedensbewegung für den Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland.

Sollte daraus nicht eine gemeinsame Kampagne entstehen, die Atomfreiheit im Grundgesetz festzuhalten?

Atomfrei jetzt! Wer macht mit?

Ich freue mich auf Deine/Ihre Antwort.

● wsh

Leserbrief

zu „Abrüstungsschritt – Abrüstungshindernisse“ FreiRaum 1/11 S.10. Bei obigem Artikel fehlte die Autorenangabe: Wolfgang Schlupp-Hauck

Modernisierung ist keine Abrüstung

Der zwischen den USA und Russland ausgehandelte START-Vertrag zur Reduzierung der Atomsprenköpfe und Trägersysteme darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Modernisierung der Atomwaffenarsenale in den USA und Russland vorangetrieben wird.

Die US-Regierung wird Milliarden von US-Dollar dafür bereitstellen. Eingebunden sind auch die in Büchel in der Eifel gelagerten US-Atomwaffen. Die USA streben an, durch die Kontrolle über Drittstaaten ihre militärische Vormachtstellung zu erhalten.

Russland hat neue Atomsprenköpfe entwickelt. Mehrere Gefechtsblöcke fliegen auf unterschiedlichen Routen weiter. Dabei wechseln sie durch selbständige Manöver Höhe und Richtung und werden so unberechenbar.

Die Nuklear-Doktrin der NATO schließt nicht aus, den Einsatz von „Mini-Nuke“-Atomsprenköpfen gegen den Terror zu diskutieren.

Alfred Rupprecht, Leinzell



Foto: Dieter Junker

Der atomare Wahnsinn soll enden

Rund 300 Menschen haben vor dem letzten deutschen Atomwaffenstandort beim Ostermarsch für einen raschen Ausstieg aus der Atomenergie sowie den sofortigen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland demonstriert – doppelt so viele wie vor einem Jahr

In den Uranminen beginnt der Weg zum Supergau und zur Bombe

DAS WISSEN DER INDIGENEN VÖLKER...

Lange ehe der erste weiße Mensch seinen Fuß auf australischen Boden setzte entstand die Felszeichnung der Regenbogenschlange. Nach der Mythologie der Aborigines schläft sie in der Erde und wacht über die elementaren Kräfte jenseits der menschlichen Kontrolle. Jeder Versuch, diese unterirdischen Elemente zu holen, weckt die Schlange aus ihrem Schlaf und provoziert ihre Rache. Die Aborigines sagen uns daher: Lasst das Uran in der Erde!

In New Mexico lebt der Stamm der Tewa. Ihr spiritueller Führer berichtet von Avanyu, der Wasserschlange, und dass es vier solcher Schlangen verteilt über die Erde gäbe, um die heilige Unversehrtheit des Lebens und der Schöpfung zu schützen. Wenn wir Avanyu nicht in Ruhe lassen, wird sie sich in die Feuerschlange verwandeln, die Unheil über die Erde bringt.

Indigene Völker in ganz verschiedenen Teilen der Welt haben ähnliche Bilder, die uns vor den Gefahren der Radioaktivität schützen sollen. Wenn man an Hiroshima und Nagasaki, an Tschernobyl und Fukushima denkt, kann man allerdings zur Überzeugung kommen, dass Avanyu sich schon in die Feuerschlange verwandelt hat. Es wird höchste Zeit, dass wir ihr wieder die Ruhe des Schlafes gönnen und kein Uranerz mehr abbauen!

● Lotte Rodi

AUSTRALIEN

Mirarr ist eine Gemeinschaft der Aborigines. Sie leben im Norden Australiens. 1977 wurde der Gemeinschaft die Ranger-Uranmine, heute die zweitgrößte Abbaustätte weltweit, regelrecht aufgezwungen. Ca. 11% des weltweiten Uranbedarfs werden aus der Rangermine in alle Welt exportiert. Auch der Uranbedarf für das havarierte Atomkraftwerk in Fukushima kam von dort.

1995 gründeten die Mirarr die Gundjeihmi Aboriginal Corporation (GAC). Sie vertritt die Interessen und Rechte der Indigenen. Yvonne Margarula steht mutig an der Spitze des Widerstandes, der 2005 einen Teilerfolg feiern konnte. Die Inbetriebnahme der Jabiluka Mine, die als zweite große Mine auf dem Land der Mirarr geplant wurde, konnte verhindert werden. Yvonne Margarula klärte die Betreiber der Rangermine immer

wieder auf, dass es gegenüber den Gesetzmäßigkeiten der Natur unrechtmäßig ist, Uranerz abzubauen, und warnte vor großen Zerstörungen. Die Indigenen wurden beruhigt, dass die Erze ausschließlich zur friedlichen Nutzung der Atomtechnologie eingesetzt würden.

Knapp einen Monat nach der Katastrophe in Japan, am 6. April 2011, schrieb sie einen Brief an UN-Generalsekretär Ban Ki Moon. Darin drückte sie ihr Entsetzen aus. Sie stellt fest, dass entgegen den Behauptungen der Betreiber und der Regierung und trotz allen Warnungen der indigenen Völker die

Katastrophe von Fukushima ihren Lauf nehmen konnte, weil Uran aus ihrem Heimatland nach Japan exportiert wurde. Sie drängt inständig auf Beendigung des Uranabbaus.

KANADA

Indigene aus dem Stamm der Cree aus Kanada wurden ebenso von der Uranindustrie gedrängt, ihr Land für den Uranabbau zur Verfügung zu stellen. Die junge Generation der Cree hat sich über die Gefahren und Hintergründe informiert und überzeugte den Ältestenrat des Stammes, dass sie ihr Land weiter traditionell nutzen möchten. Noch immer leben sie dort von der Jagd und der Fischerei. Eine Uranmine würde ihre Lebensgrundlage zerstören. Mit Musik leisten sie Widerstand und sie beginnen, sich mit anderen Stämmen, denen bereits das Schicksal der neuen Kolonialisierung widerfahren ist, zu vernetzen, um sich für die Gesundheit von Mutter Erde stark zu machen. Unsere Solidarität ist für die Menschen, die in Gebieten mit Uranvorkommen leben, unverzichtbar.

Auf Atomstrom und Nukleare Rüstung zu verzichten bedeutet, diese Menschen bei ihrem erneuten Kampf um ihr Land zu unterstützen. Wer daran arbeitet, Uranabbau zu stoppen, hilft mit, das Problem der radioaktiven Verseuchung unserer Erde an der Wurzel zu beseitigen.

● Silvia Maria Bopp

Links:

www.uranium-network.org

www.strahlendes-klima.org

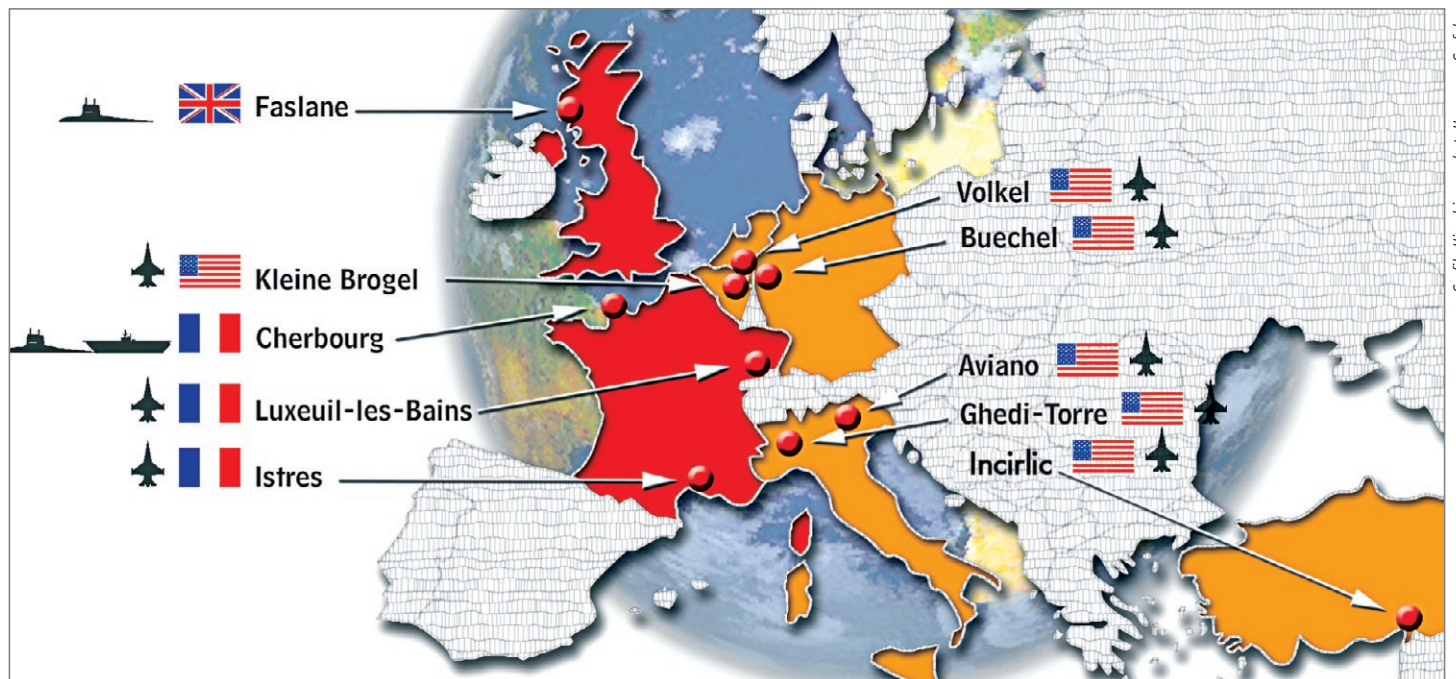
Die Wasserschlange Avanyu kann zu Feuerschlange werden

Bild: Nuclear Free Future Award

Aspekte für den Abzug der Atomwaffen

In der NATO gibt es eine unerwartet hohe Unterstützung für den Abzug der US-Atomwaffen aus Europa. Das haben Susi Snyder und Wilbert van der Zeijden herausgefunden. Was die NATO-Staaten über die Zukunft dieser taktischen Atomwaffen sagen untersuchten die beiden für IKV-Pax Christi Niederlande. Dafür blieben

die beiden nicht an ihren Schreibtischen in Utrecht sitzen und studierten politische Reden und Beschlüsse. Sie stiegen regelmäßig in den Zug und fuhren im Zeitraum von Juli bis Dezember 2010 oft nach Brüssel ins NATO-Hauptquartier. Dort interviewten sie NATO-Diplomaten aus allen Mitgliedsländern.



Grafik: Hiroshima mahnt, Hannover, Grafolux

■ Atomwaffenstaaten ■ Länder mit Atomwaffenstandorten

DAS PROBLEM

Seit den 50er Jahren stationieren die USA Atomwaffen in Europa. Im Rahmen der NATO wird die nukleare Teilhabe politisch und technisch praktiziert. Zur ihr gehört einerseits, dass die beteiligten Staaten in der nuklearen Planungsgruppe mit beraten und entscheiden und andererseits, dass für die von den USA in den Staaten gelagerten Atomwaffen vom Stationierungsland Trägermittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Frieden werden die Atomwaffen stets von US-amerikanischen Soldaten bewacht; über die zu ihrer Zündung nötigen Codes verfügt nur die USA. Im Kriegsfall würden Bomber der Stationierungsstaaten mit diesen Waffen ausgerüstet.

Heute werden von den USA in fünf Ländern frei fallende B61-Bomben stationiert. Sie zählen zu den taktischen Atomwaffen. Sie sind eines der Haupthindernisse für weitere Abrüstungsschritte. Über taktische Atomwaffen gibt es noch keine Abrüstungs- oder Rüstungskontrollverträge. Russland ist erst bereit, über sein Arsenal an tak-

tischen Atomwaffen zu verhandeln, wenn alle anderen Staaten ihre Atomwaffen, die sie auf fremdem Staatsgebiet stationiert haben, abziehen. Dies betrifft genau die US-Atomwaffen in Europa.

IMMER WIEDER DIE GLEICHEN ARGUMENTE.








Die Kampagne „unsere zukunfts atomwaffenfrei“ hat sich zum Ziel gesetzt, dass die letzten Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Doch wenn Aktivisten mit Politikern über den Abzug sprechen, bekommen sie immer wieder die gleichen Argumente zu hören. Der Abzug dürfe nicht im Alleingang durchgesetzt werden, sondern als Konsensentscheidung in der NATO. Die Atomwaffen seien das Symbol der Lastenteilung innerhalb der NATO und die müsse fortgesetzt werden. Die neuen NATO-Mitglieder die näher bei Russland liegen, hätten noch nicht genügend Vertrauen, um dem Abzug zuzustimmen. Die Atomwaffen dürften nicht ohne Gegenleistung Russlands abgezogen werden.

So kommt es, dass die Forderung nach Abzug der Atomwaffen zwar im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgehalten ist, aber die Atombomben noch immer in Büchel in der Eiffel lagern.

EINE HOFFUNGSVOLLE BESTANDSAUFNAHME

Für die weitere Kampagnenarbeit bietet die Studie aus den Niederlanden neue Erkenntnisse. Denn nicht alle Argumente, die man gesagt bekommt sind stimmig und die Zustimmung zum Abzug ist größer als erwartet. Die Studie zeigt auf, dass in der NATO genügend politischer Wille für einen Abzug der Atomwaffen vorhanden ist, und sie weist auf die Punkte hin, die noch gelöst werden müssen, damit der Abzug in die Tat umgesetzt wird.

DIE NUKLEARWAFFEN DER USA IM RAHMEN DER NUKLEAREN TEILHABE DER NATO IN EUROPA (2010)

Land	Flugplatz	Unterflur-magazine	Waffen gelagert (geschätzt)	Waffen lagerbar (max.)	Einheiten
	Büchel	11	10–20	44	Jabo-Geschwader 33 der Bundeswehr (Tornado-IDS), 702 MUNSS* der US-Luftwaffe
	Kleine Brogel	11	10–20	44	10. Taktisches Geschwader der Belgischen Luftwaffe (F-16), 701 MUNSS
	Volkel	11	10–20	44	1. Jagdbombergeschwader der niederländischen Luftwaffe (F-16), 703. MUNSS
	Aviano	18	50	72	31. Jagdbombergeschwader der US-Luftwaffe (F-16) aktiv
	Ghedi-Torre	11	20–40 (künftig 0?)	44	6. Geschwader der Italienischen Luftwaffe (Tornado-IDS), 704. MUNSS
	Incirlik	25	50	100	Nuklearwaffenlager aktiv, gelegentliche Stationierung von atomwaffenfähigen Trägerflugzeugen der USA möglich
	Spangdahlem	–	–	–	38th & 52nd MMG* (zuständig für alle MUNSS)
Gesamt		87	150–200	392	

* MUNSS steht für Munitions Support Squadron, MMG für Munitions Maintenance Group der US-Luftwaffe / Zusammenstellung O. Nassauer - Quellen: FAS, NRDC, BITS (2010).

In die Befehlsstruktur für die US-Atomwaffen in Europa sind in Belgien bei Brüssel das SHAPE (Supreme Headquarters Allied Powers Europe) und in Deutschland bei Stuttgart das EUCOM (European Command)" über den für beide zuständigen SACEUR (Supreme Allied

Commander Europe) eingebunden. Neun weitere Länder haben im Rahmen der nuklearen Teilhabe technische Aufgaben: Tschechien, Dänemark, Griechenland, Ungarn, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien und Großbritannien.

Withdrawal Issues

ASPEKTE FÜR DEN ABZUG DER ATOMWAFFEN

Die NATO hat 28 Mitgliedsländer. Jedes dieser Länder hat seine ständige Vertretungen beim NATO-Hauptquartier in Brüssel. Mit jeder dieser Vertretungen führten Susi Snyder und Wilbert van der Zeijden Interviews. Sie trugen so ein vollständiges Bild des Diskussions- und Meinungsstandes innerhalb des Bündnisses zusammen. Die wichtigsten Ergebnisse und Ihre Empfehlungen fasst FreiRaum im Blick hier zusammen.

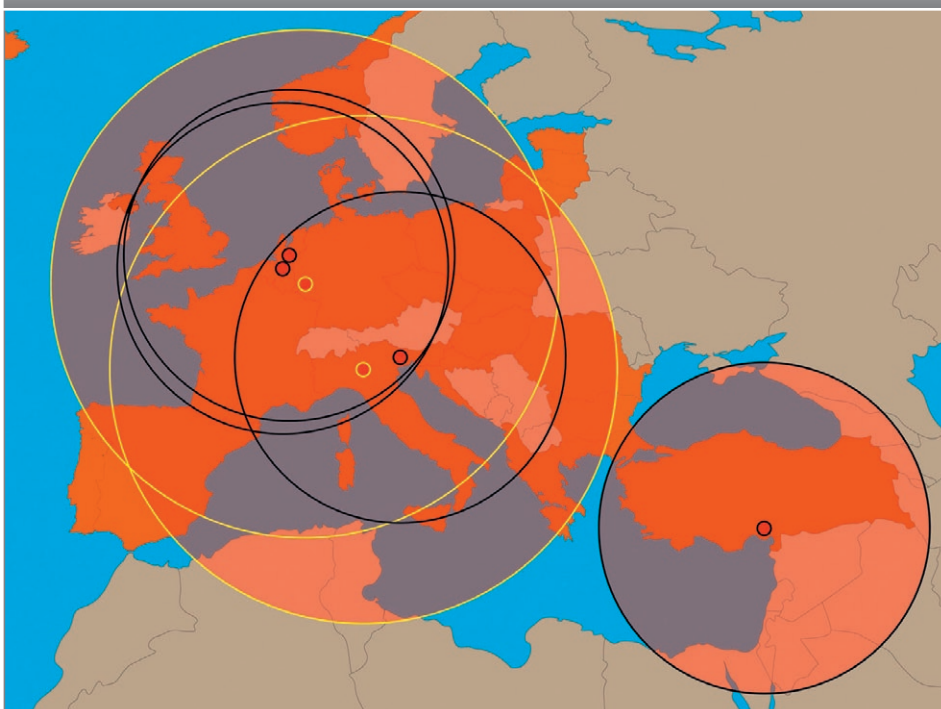
Studie: Susi Snyder/Wilbert van der Zeijden

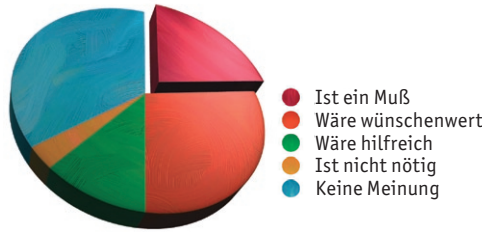
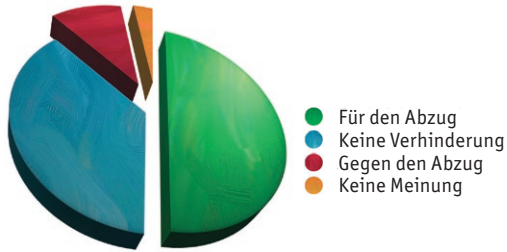
Die Stationierung von US-Atomwaffen in Europa ist ein Relikt des Kalten Krieges. Russland kann von ihnen nicht erreicht werden. In der Reichweite der Kampffjets befinden sich heute durch die Osterweiterung fast ausschließlich NATO-Mitgliedsstaaten. Einzig die Atombomber aus Italien und der Türkei könnten Ziel außerhalb erreichen. Für viele Staaten ist dies ein Argument, das für den Abzug spricht.

Für die Länder, in denen die US-Atombomben stationiert sind ist die Kostenfrage ein weiteres bedeutendes Element. Die bisherigen Kampfflugzeuge sind am Ende ihrer Lebensdauer, die Anschaffung neuer atomwaffenfähiger Bomber würde eine hohe finanzielle Belastung bedeuten. Deshalb ist der derzeitige Diskussionsprozess um das strategische Konzept ein günstiger Zeitpunkt, um hier zur einer Klärung zu kommen, ob zukünftig noch atomwaffenfähige Kampffjets gebraucht werden. Mit seiner Forderung nach Abzug hat Deutschland diesen Entscheidungsprozess nicht abgewartet.

Über Jahrzehnte war die Stationierung von Atomwaffen als der Eckpunkt der Lastenteilung innerhalb des Bündnisses gesehen worden. Hier ist eine deutliche Änderung zu verzeichnen.

Reichweiten: gelb Tornados, schwarz F-16-Bomber

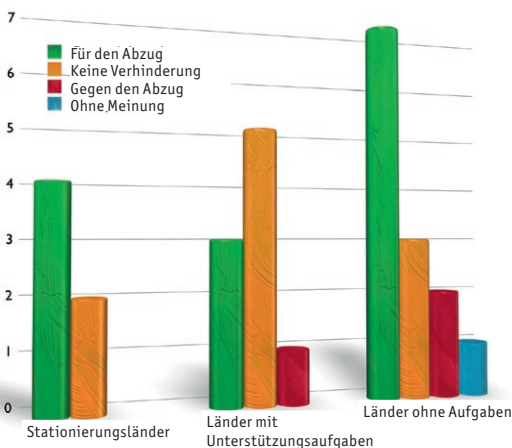




- Vierzehn, die Hälfte der NATO-Staaten unterstützt das Ende der Stationierung taktischer Atomwaffen aktiv.
- Zehn weitere Staaten haben erklärt, eine Konsensentscheidung nicht zu blockieren.
- Lediglich drei NATO-Staaten widersprechen der Beendigung der Stationierung. Das sind Frankreich, Ungarn und Litauen. Frankreichs Widerspruch ist am stärksten. Es fürchtet, dass nach dem Abzug der US-Atomwaffen die französischen in den Fokus geraten. Frankreichs sieht seine Waffen „als nationale Lebensversicherung.“¹
- Albanien hat keine Meinung.

Innerhalb der NATO ist eine Diskussion im Gange über eine zeitgemäßere Art der Lastenteilung. Diplomaten aus acht Ländern nahmen auf das Prinzip der Lastenteilung Bezug, darunter keines der Stationierungsländer. Dennoch kamen sie deshalb nicht notwendigerweise zum Schluss, dass die Atomwaffen bleiben sollen. Fünf Staaten, meist neue Bündnismitglieder, erklärten, dass ihnen ein deutliches Zeichen des US-Engagements für ihre Sicherheit wichtig sei, die Form sei dabei nicht ausschlaggebend. In der NATO ist eine Diskussion um eine nützlichere und überzeugendere Form der Lastenteilung im Gang. Als solche könnte eine gemeinsame Raketenabwehr angesehen werden.

- Es gibt keine einfachen Formeln, mit denen sich die Positionen der einzelnen Staaten zutreffend beschreiben lassen. Die oft wiedergegebene Behauptung, die baltischen Staaten seien gegen den Abzug, wird durch die Umfrage widerlegt.



- Es gibt keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Dauer der NATO-Mitgliedschaft und der Position zur Frage der taktischen Atomwaffen.
- Ebenso ist die geographische Nähe zu Russland kein entscheidender Faktor.
- Die Mehrheit der Staaten, die am meisten in die nukleare Teilhabe eingebunden sind, wollen die Aufstellung taktischer Atomwaffen beenden.

Russland besitzt ca. 2.000 taktische Atomwaffen, von denen eine Anzahl NATO-Länder, die an Russland grenzen, treffen können. 17 Länder fordern auf diesem Hintergrund eine russische Gegenleistung in ihren Stellungnahmen. Die Meinungen darüber gehen auseinander.

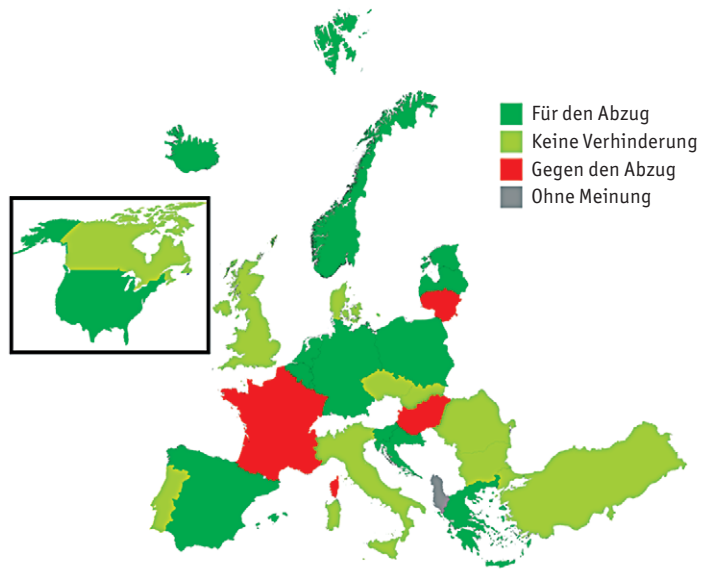
Die deutsche Regierung sagt, dass der Abzug der Atomwaffen nicht allein, sondern in Abstimmung mit der NATO stattfinden soll. 17 NATO-Staaten nannten einen Konsens als Voraussetzung für den Abzug. Aber es gibt auch andere Meinungen: Fünf Staaten sagen, der Abzug solle bilateral zwischen den USA und Russland vereinbart werden. Ein Land ist der Auffassung, es sei einzig eine Entscheidung der USA. Diese sagen, es sei die Entscheidung der Europäer. Ein Land meint es sei angebracht, die Entscheidung den Stationierungsländern zu überlassen. Eine anderes ist der Meinung, dass Großbritannien und Frankreich mitentscheiden sollten, da sie die nukleare Abschreckung in Europa übernehmen müssten.

¹ So Frankreichs Präsident 2008 in Cherbourg

Politikwechsel in der NATO brauchen den Konsens aller 28 Länder, aber Änderungen von einzelnen nuklearen Aufgaben können auch in der Nuklearen Planungsgruppe getroffen werden, der Frankreich nicht angehört.

EMPFEHLUNGEN AN DIE NATO-STAATEN

- 1 Um den gegenseitigen Stillstand mit Russland zu durchbrechen, sollte die NATO die USA damit beauftragen, Russland anzubieten, alle taktischen Nuklearwaffen der USA zurück auf eigenes Gebiet zu verlagern, sofern Russland bereit ist, die Frage der russischen taktischen Atomwaffen in umfassende Abrüstungsgespräche, die in den Jahren 2011 und 2012 abgehalten werden, einzubeziehen. Wir sind der Auffassung, dass es die Nuclear Planning Group (NPG) sein sollte, die die USA damit beauftragt.
- 2 Im Konsultationsprozess der NATO-Mitglieder vor dem Verfassen des „Standpunktpapiers der NATO zu Verteidigung und Abschreckung“ sollte eine besondere Beratungsrunde eingeplant werden. Im Rahmen dieser sollen alle Mitgliedsstaaten die Möglichkeit haben, ihre Bedenken und Vorschläge bezüglich der Bündnissolidarität und der transatlantischen Beziehungen untereinander auszutauschen.
- 3 Nachdrücklich sollte gegenüber Frankreich betont werden, dass dessen besonderer Status als Atomwaffenstaat nach Beendigung der Stationierung taktischer Atomwaffen in Europa unangetastet bleibt.



Vom Schreibtisch in die Parlamente und Ministerien

Auch jetzt, nachdem die Studie fertig ist, sind Susi Snyder und Wilbert van der Zeijden dauernd unterwegs. Sie stellen ihre Studie vor und diskutieren die Ergebnisse, denn „Withdrawl Issues“ soll ein Werkzeug sein für einen wichtigen Schritt zu einer Welt ohne Atomwaffen.

Am 30. März 2011 hat IKV-Pax Christi seine Studie im niederländischen Parlament der Öffentlichkeit vorgestellt. Danach erfolgten Präsentationen in Berlin, Rom, Brüssel, Helsinki, New York und Washington DC. Weitere werden folgen. Überall finden Treffen mit der Zivilgesellschaft und mit Parlamentariern statt. In Berlin wurde die Studie ein paar Tage vor dem ersten Jahrestag des fraktionsübergreifenden Beschlusses zum Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland Abgeordneten vorgestellt. Uta Zapf (SPD) nahm in der jährlichen Bundestagsdebatte zum Abrüstungsbericht darauf Bezug und forderte mehr Aktivitäten von der Bundesregierung. Sie erinnerte daran, dass die fortgesetzte Stationierung der US-Atomwaffen für Diskussionen mit Russland über deren taktisches Atomwaffenarsenal nicht hilfreich seien.

In Brüssel lud die niederländische Delegation bei der NATO zu einem Empfang ein. Er war gut besucht. Viele NATO-Diplomaten kamen mit Kopien des Berichts, die sie schon im Voraus ausgedruckt hatten. Die zweite Empfehlung zur gründlichen Überprüfung der Vorschläge für Alternativen zur aktuellen Lastenverteilung der NATO-Länder wurde von mehreren Teilnehmern als ein ermutigendes Ergebnis der Studie erwähnt. „Bei der Vorstellung in New York legten wir den Schwerpunkt auf die Verknüpfung zwischen der nuklearen Teilhabe der NATO und dem nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV)“, erläutert Susi Snyder, „vor allem den konsequent von vielen Ländern geäußerten Bedenken, dass die Vereinbarungen über die nukleare Teilhabe den NVV verletzen.“ Dort wurde erwähnt, dass die NATO-Atompolitik vielen der 13 praktischen Schritte, die auf der NVV-Überprüfungskonferenz

2000 vereinbart wurden, zuwiderläuft, wie der Senkung der Einsatzbereitschaft dieser Waffen und einer Verminderung der Rolle von Kernwaffen in der Sicherheitspolitik.

Der Präsident der Überprüfungskonferenz von 2010, Libran Cabactulan, merkte bei der Vorstellung des Berichts an, dass alle NATO-Mitglieder eine grundlegende Verantwortung haben, ihre Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag einzuhalten, einschließlich der Verringerung der Abhängigkeit von Atomwaffen in ihren Sicherheitsstrategien, und dass es jetzt anstehe, den NATO Posture Review zu nutzen, dies zu tun.

An der Vorstellung in Washington DC nahmen Vertreter des Auswärtigen Amtes der USA und Vertreter von US-Abrüstungs-NGO's teil. Sie diskutierten die Rolle der US-Regierung in dieser Debatte und den Zusammenhang mit dem derzeitigen „Life Extension Programm“ der B61 Atombomben.

Die Aussprache konzentrierte sich auf die Frage, wie man eine Form der Wechselwirkung von russischer Seite erreichen könne.“ Die Studie hat überwältigende positive Reaktionen erhalten. „Mit wenigen Ausnahmen haben alle, die sie erhalten haben, das Potential erkannt, die laufenden Debatten in ihren Ländern über den Abzug der taktischen US-Atomwaffen aus Europa zu unterstützen“, stellt Susi Snyder zufrieden fest. Jede Vorstellung des Berichts habe eine Möglichkeit geschaffen, seine Empfehlungen weiter zu diskutieren und weitere Schritte zu überprüfen, sei es durch parlamentarische Aktionen in Deutschland oder Italien oder durch Druck in multilateralen Gremien.

In den kommenden Monaten wird die NATO die Zukunft der taktischen Atomwaffen wieder diskutieren als Teil des Posture Review. Hier bieten sich wertvolle Gelegenheiten, um Reduzierungen, wenn nicht sogar den vollständigen Abzug der US-Atomwaffen zu erreichen.

Nutzen Sie die Studie und ihre Ergebnisse für Ihren eigenen Einsatz für eine Welt ohne Atomwaffen. Der Abzug der Atombomben der USA aus Deutschland und den anderen Stationierungsländern im Rahmen der nuklearen Teilhabe ist ein wichtiger Schritt auf diesen Ziel. Die Gelegenheit ist günstig, machen Sie Druck, dass die Gelegenheit genutzt wird.

- Schreiben Sie dem Verteidigungsminister
- Schreiben Sie dem Außenminister
- Schreiben Sie der Bundeskanzlerin
- Schreiben Sie Ihren Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis

Verweisen Sie auf die Abzugsforderung in der Koalitionsvereinbarung, den Bundestagsbeschluss vom 26. März 2010 „Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen“. Argumentieren Sie mit den Ergebnissen der Studie und fordern sie die Adressaten auf, sich aktiv für den Abzug der Atomwaffen einzusetzen.

*Den vollständigen englischen Text finden sie auf der Homepage www.nonukes.nl
Den Text des Beschlusses finden Sie unter dip.bundestag.de/btd/17/011/1701159.pdf
Antworten auf Anfragen werden unter www.atomwaffenfrei.de veröffentlicht.*



Im Blick ist eine Beilage des Magazins „FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums“ Herausgegeben in der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen „Friedensforum“ und „Versöhnung“ beigeheftet.

Redaktion

Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage www.pressehuette.de oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe.

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.

Forststraße 3
73557 Mutlangen
Telefon 0 71 71 - 7 56 61

Spendenkonto

Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

In den Niederlanden haben neun verschiedene Kirchen den Interkirchlichen Friedensrat IKV gegründet. Er wurde Ende der 70er Jahre bekannt, als er eine große Kampagne gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in Europa startete. Seit 2007 hat der IKV mit der katholischen Friedensorganisation Pax Christi Niederlande eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die unter anderem ein Programm zur nuklearen Abrüstung gestartet hat.



Susi Snyder ist die Direktorin des Programms Nukleare Abrüstung von IKV-Pax Christi, Wilbert van der Zeijden der wissenschaftliche Mitarbeiter. Beide sind seit vielen Jahren auf diesem Gebiet aktiv. Zuvor arbeitete Susy Snyder in Genf als Sekretärin von WILPF (Women's International League for Peace and Freedom). Wilbert van der Zeijden arbeitete für den niederländischen Thinktank „Transnational Institute“ als Koordinator des Programms Frieden und Sicherheit.

Wir lassen nicht locker – Briefe an die Abgeordneten

Im letzten Jahr, vor der Überprüfungs-konferenz des nuklearen Nichtverbrei-tungsvertrages, herrschte ungewöhnliche Einigkeit im Bundestag. Am 26. März 2010 stimmte eine überwältigende Mehrheit des Deutschen Bundestages dem Beschluss „Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen“ zu.

Der Beschluss fordert die Bundesregie-rung auf:

- sich weiterhin aktiv an der Diskussion über die verschiedenen, auch zivilgesell-schaftlichen Ansätze für eine vollständige nukleare Abrüstung zu beteiligen, wie beispielsweise an der „Global-Zero“-Initiative oder der Diskussion über den Vorschlag für eine Nuklearwaffenkonven-tion zur Ächtung der Atomwaffen;
- sich auch bei der Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der NATO im Bündnis sowie gegenüber den ameri-kanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen;

Damit werden unsere Kampagnenziele von allen Bundestagsparteien geteilt. Ein Jahr danach hat der Kampagnerat alle Bundes-tagsabgeordneten an diesen Beschluss erinnert. Wir dokumentieren hier im Frei-Raum zusammengefasste Auszüge aus den Antworten.

Den Brief an die Abgeordneten, den Be-schluss text sowie die vollständigen Ant-worten finden sie im Internet auf der Home-page: www.atomwaffenfrei.de

SPD

Die Bundesregierung täte gut daran, stärker als bislang auf den Abzug der substrate-gischen Waffen aus Deutschland zu dringen. Leider ist von Außenminister Westerwelle zu diesem Thema nicht mehr viel zu hören. Der Entwurf einer Konvention, die Atom-waffen ächtet, liegt auf dem Tisch. Darüber wird in der VN-Gener-alsammlung in regel-mäßigen Abständen abgestimmt. Die Bundesregierung hat bislang immer dage-gen gestimmt. Leider auch im vergangenen Jahr, und das trotz des eindeutigen Vo-tums des Parlaments. Dagegen hat die SPD-Bundestagsfraktion protestiert.

Gernot Erler, Stellvertretender Vorsitzender

CSU

Deutschland hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Frage der atomaren Abrüstung im Rahmen der NATO beraten

wurde und in das neue strategische Kon-zept eingeflossen ist. Solange Staaten wie der Iran und Nord-korea unter Verlet-zung bzw. Umgehung internationaler Ver-pflichtungen nach Atomwaffen stre-ben, ist es nur schwer vorstellbar, dass die westlichen Atommächte freiwillig auf ihre Waffen verzichten.

Stefan Müller, Parlamentarischer Geschäfts-führer

FDP

Auch Verbesserungen im Trippelschritt-Tempo sind Schritte in die richtige Rich-tung. Weiterhin be-müht sich die Bundes-republik intensiv um den Abzug aller Atom-waffen befreundeter Länder von ihrem Staatsgebiet. Dieser Vorstoß findet inter-nationale Beachtung und soll als Beispiel für andere dienen.

Sibylle Laurischk, Vorsitzende des Aus-schusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bisher konnte die Bundesregierung keine nennenswerten ab-rüstungspolitischen Erfolge innerhalb der NATO erzielen und ist dabei gescheitert, die Reduzierung der US-Atomwaffen in Europa im neuen strate-gischen Konzept der Allianz zu veran-kern. Stattdessen koppelt sie die Frage des Abzugs der US-Atomwaffen aus Deutsch-land an Zugeständnisse Russlands im sub-strategischen Bereich und setzt damit auf Verzögerung. Mit unserem Antrag „Die NATO muss abrüsten“ haben wir sie zu einer deut-lich aktiveren Abrüstungspolitik innerhalb der NATO aufgefordert und werden auch in Zukunft darauf drängen.

Agnieszka Malczak, Sprecherin für Abrü-stungspolitik

CDU

Einseitige Aufkündigungen von Vereinba-rungen sind in einer auf Konsens und So-lidarität angelegten NATO nicht möglich. Veränderungen der Politik bedürfen eines langwierigen Konsultations- und Abstim-mungsprozesses und letztlich einer ein-vernehmlichen Regelung im NATO-Rat. Der

jetzt erreichte Zustand ist das Ergebnis er-folgreicher Verhand-lungen, was ein Blick auf die Historie zeigt. Seit 1955 lagern US-Nuklearwaffen in Deutschland, in der Hochzeit des Kalten Krieges waren es bis zu 7.300 in Europa. Nach Ende des Kalten

Krieges wurde das Gros der Atomwaffen abgezogen und die Zahl der in Europa ge-lagerten US-Nuklearwaffen sank bis 1992 auf ca. 700. Ende 2000 autorisierte US-Prä-sident Clinton noch die Stationierung von 480 Nuklearwaffen in Europa, 170 davon in Deutschland. Mit dem Abzug der in Ram-stein gelagerten Waffen reduziert sich der Bestand auf den Flugplatz Büchel. Wir sind zuversichtlich, auch zu Büchel alsbald eine Lösung im NATO-Rahmen zu finden.

Dr. Joachim Pfeiffer, Wirtschaftspolitischer Sprecher. (FreiRaum: Die Textpassage ist wortgleich mit einer Antwort von MdB Sie-bert vom 16. 7. 2007 auf www.abgeordne-tenwatch.de)

LINKE

Auch anlässlich der Vorlage des Jahresabrü-stungsberichtes 2010 im Januar dieses Jah-res kritisierte meine Fraktion erneut, dass der Bundesaußenmi-nister – entgegen sei-nen Ankündigungen – bei der Abrüstung auf ganzer Linie versagt hat. US-Atomwaffen lagern immer noch in der Pfalz und nach wie vor ist die Bundesrepublik der drittgrößte Waffenexporteur der Welt.

Dr. Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin

BUNDESREGIERUNG

Ein Konsens für die Aufnahme von Ver-handlungen über eine Nuklearwaffenkon-vention ist derzeit allerdings in Sicht. Die Bundesregierung sieht deshalb weiter-hin einen schrittwei-sen Ansatz als den geeignetsten Weg für Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung an. Die Bundesregie-rung wird sich weiterhin im Bündnis und ge-genüber den amerikanischen Verbündeten für einen Abzug der in Deutschland verblie-benen Atomwaffen einsetzen.

Dr. Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt



Foto: spdfraktion.de



Foto: csu-landesgruppe.de



Foto: fdp-bw.de



Foto: Luca Siemann



Foto: joachim-pfeiffer.info



Foto: dagmar-enkelmann.de



Foto: wernerhoyer.de

Weltraum: Zukunftsfähig nur mit Militär?



Foto: OHB-System AG

SAR-Lupe

Ein Verhör in Guantanamo brachte die USA auf Osama bin Ladens Spur. Bis zu seiner Erschießung spielte Weltraumtechnik eine Schlüsselrolle. Eine ganze „Satellitenflotte“ der diversen US-Geheimdienste hat geholfen, den Einsatz monatelang vorzubereiten und durchzuführen.

Über vergleichbare Fähigkeiten an Navigations-, Kommunikations-, Spionage- und Wettersatelliten verfügen die Europäische Union oder Deutschland bei weitem nicht. Eine fortschreitende Militarisation der Weltraumnutzung ist aber im Rahmen der »Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik« der EU (ESVP) festzustellen.

Eine Vorreiterrolle übernahm der sogenannte Bericht der drei „weisen Männer“ von Carl Bildt, Jean Peyrelevede und Lothar Späth „Towards a Space Agency for the European Union“, im November 2000. Die Autoren empfehlen, zur Umsetzung der bis zur Friedenserzwingung reichenden »Petersberg-Aufgaben« auch Weltraumkomponenten einzusetzen.

Inzwischen werden einst rein zivil geplante und aus den Forschungs- oder Verkehrszwecken der Europäischen Union und der Nationalstaaten finanzierte Systeme wie GMES (Global Monitoring for Environment and Security = Globale Überwachung für Umwelt und Sicherheit) und das satellitengestützte Navigationssystem GALILEO von Politik und Militär mit großer Selbstverständlichkeit für militärische Aufgaben vereinnahmt, weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit.

Damit treibt die Europäische Union – ähnlich wie Indien und China – eine von den USA angetriebene Rüstungsspirale auf Weltraumebene mit an. Das US-Militär und in seinem Gefolge die NATO sind bereits heute bei ihren militärischen Auseinandersetzungen in Afghanistan, Pakistan, Libyen und anderswo in hohem Maße von Weltraumtechnologie abhängig.

WELTRAUM ALS INSTRUMENT UND ALS (ZIEL-) OBJEKT

Dies führt zu dem, was die Mitteilung „Auf dem Weg zu einer Weltraumstrategie der Europäischen Union im Dienste der Bürgerinnen und Bürger“ vom 4. April 2011 so beschreibt: „Die weltraumgestützte Infrastruktur hat, was den Bereich der Sicherheit anbelangt, sowohl die Funktion eines Instruments als auch die eines Objektes. Als Instrument kann sie für Sicherheits- und Verteidigungszwecke der Europäischen Union eingesetzt werden. Als Objekt muss sie selbst geschützt werden.“

Anders gesagt: Da die Kriegsführung so stark auf Weltraumkomponenten beruht, werden sie selbst zu dem, was Militärs als „attraktives Ziel“ bezeichnen.

Das sieht auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie so. Es stellte im November 2010 seine erste »Raumfahrtstrategie« vor. In dem Dokument „Für eine zukunftsfähige deutsche Raumfahrt“, heißt es: „Die Abhängigkeit weiter Bereiche des täglichen Lebens und hoheitlichen Handelns von Raumfahrtanwendungen machen diese auch zu einem potenziellen Ziel für feindliche [...] Akteure.“

SATELLITEN FÜR DAS DEUTSCHE MILITÄR

Dennoch setzt die Bundesregierung auf den Ausbau der Weltraum-Infrastruktur für die „staatliche Sicherheit“. Dabei werden zuerst zivile Anwendungsbereiche wie Katastrophenhilfe, Umwelt- und Klimaschutz, Entwicklungshilfe genannt. In den polizeilich-militärischen Bereich gehört die Grenzüberwachung. Rüstungskontrolle hat eine positive – eher außen- denn militärpolitische – Konnotation. Dann aber geht die Raumfahrtstrategie mehr ins militärische Detail: „Ein wesentliches Element [...] ist die verstärkte Nutzung von Weltraumsystemen für national eigenständige Kommunikations- und Aufklärungsfähigkeiten. [...] Raumfahrtkompetenzen sind ein wesentlicher Schlüssel zur Einsatzfähigkeit“.

Das Satellitenkommunikationssystem der Bundeswehr SATCOMBw, gebaut von der EADS-Tochter Astrium, soll eigene und angemietete zivile Satellitenübertragungskapazitäten und die erforderlichen Boden-segmente bereitstellen, um dem deutschen Militär „außerhalb Deutschlands“ unabhängige Militäroperationen zu ermöglichen. Ebenso das deutsche Satellitensystem SAR-Lupe, das von OHB in Bremen gebaut wird. Diese Aufklärungssatelliten können mit ihrer Radar-Technologie auch bei Nacht, durch Wolken oder Belaubung sowie bei Nebel »sehen« und ergänzen daher perfekt die Daten des französischen optischen Aufklärungssystems Helios, mit dem ein entsprechender Datenaustausch stattfindet.

BENIMMREGELN FÜR DIE NUTZUNG DES WELTRAUMS

Die Erkenntnis des Dilemmas, dass aus welt-raumbasierten Instrumenten der Kriegsführung unversehens Objekte feindlicher Angriffe werden könnten (die deutsche Weltraumstrategie nennt exemplarisch „elektronische Störung, feindliche Übernahme von Satelliten [...] oder gar gezielte destruktive Einwirkungen“) führte wie die zunehmende Vermüllung des Weltraums auf EU-Ebene dazu, sich über Spielregeln für die Nutzung des Weltraums Gedanken zu machen. Herausgekommen ist der Entwurf für einen Code of Conduct for Outer Space Activities, also ein Verhaltenskodex (Ratsdokument 14455/10 vom 11. Oktober 2010).

US-Präsident Obama hat Interesse, sich dem Kodex anzuschließen, die Republikaner (und viele Demokraten) im US-Kongress laufen aber dagegen Sturm. Sie sehen ihre Möglichkeiten eingeschränkt, den Weltraum militärisch zu nutzen oder gar Anti-Satellitenwaffen zu entwickeln. Dabei ist dies gar nicht der Fall. Der EU-Kodex anerkennt ausdrücklich das Recht der Nutzung von Weltraumtechnologie für die „legitimen Verteidigungsinteressen der Staaten“ und schlägt lediglich vor, „alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass der Weltraum zur Konfliktzone wird“ Obendrein soll die Einhaltung des Kodex auf dem strikten Prinzip der Freiwilligkeit beruhen.

Der Kodex ist gut gemeint, greift aber viel zu kurz. Von staatlicher (Russland und China) und nichtstaatlicher Seite liegen seit Jahren Vorschläge für ein Weltraumwaffenverbot vor. Eine weitere Eskalation der Rüstungsspirale Richtung Weltraum – demonstriert z.B. durch Antisatelliten-tests der Chinesen (2007) und der USA (2008) – lassen sich weder dadurch verhindern, dass Deutschland dem vermeintlichen Druck zur Aufrüstung nachgibt, noch durch Benimmregeln, an die sich am Ende doch keiner hält.

Für die Abrüstung bleibt er aktiv



Foto: wsh

Bernd Grimpe (rechts) mit Hannovers damaligen OB Herbert Schmalstieg (2005)

Über 40 Jahre arbeitete Bernd Grimpe im Büro des Oberbürgermeisters von Hannover zuerst von Herbert Schmalstieg und jetzt von Stepahn Weil. Er war zuständig für die Städtepartnerschaft mit Hiroshima und die Koordination von Mayors for Peace in Deutschland. Nun geht Bernd Grimpe in den Ruhestand. Für den FreiRaum zieht er Bilanz.

FreiRaum: Wie ist die Städtepartnerschaft Hiroshima – Hannover entstanden?

Bernd Grimpe: Im Rahmen eines Jugendaustausches zwischen Deutschland und Japan war 1968 eine japanische Jugenddelegation auch bei uns in Hannover zu Gast. Der damalige Leiter des Internationalen Jugendverbandes Hiroshima, Toshihiko Hayashi war von der Aufnahme sehr beeindruckt. Aus dieser ersten Begegnung entwickelte sich sehr schnell ein Kontakt, der zum direkten Jugendaustausch führte. Dieser sowie ein Besuch des damaligen Bürgermeisters von Hiroshima in Hannover schufen die Basis für den Abschluss einer Städtepartnerschaft 1983.

FreiRaum: Wie ist Mayors for Peace entstanden und wie hat es sich entwickelt?

Bernd Grimpe: Es war ein langer Prozess. 1983 wurde von den beiden Bürgermeistern aus Hiroshima und Nagasaki ein Solidaritätsbündnis der Städte, die sich der Forderung nach vollständiger atomarer Abrüstung anschließen, gegründet. In Hannover war die Entscheidung zu einer Beteiligung daran im Zusammenhang mit dem Beschluss über die Partnerschaft getroffen worden.

Wurde das kommunale Votum für atomare Abrüstung und die Mitgliedschaft in entsprechenden Zusammenschlüssen zu Beginn der 80er Jahre in Deutschland nicht selten rechtlich angezweifelt und von Aufsichtsbehörden untersagt, so ist die Möglichkeit einer solchen Erklärung als Ausdruck zivilgesellschaftlichen Engagements inzwischen weitgehend unbestritten. Das kommt auch in der über die Jahre gewachsenen Zahl der Mitgliedsstädte zum Ausdruck. Von weltweit über 4.000 sind allein 400 aus Deutschland dabei.

FreiRaum: Was war dein beeindruckendstes Erlebnis?

Bernd Grimpe: Das sind sicher die Besuche in Hiroshima und die Teilnahme an den Feiern am 6. August zum Jahrestag des Atombombenabwurfs und die Begegnung und das Gespräch mit "Hibakusha", den Opfern und Überlebenden. 2004 lernte ich Akihiro Takahashi kennen. Er war viele Jahre Direktor des Friedensmuseums in Hiroshima. Ich konnte ihn auf einer Vortragsreise durch einige deutsche Städte begleiten. Diese Begegnung wird mir immer unvergessen bleiben. Wir haben seine Geschichte in einer kleinen Broschüre* veröffentlicht.

FreiRaum: Was sind aus deiner Sicht Erfolgspunkte des Engagements der Mayors for Peace?

Bernd Grimpe: Wenn in Abrüstungsfragen inzwischen international z.B. bei den Vereinten Nationen nicht nur die Auffassungen der Politiker und der nationalen Regierungen Beachtung finden, sondern immer häufiger auch das Votum der Städte gehört wird, dann ist dies das Verdienst des Engagements von "Mayors for Peace" und vor allem des Einsatzes von Hiroshimas Bürgermeister Tadatashi Akiba. Die „2020 Vision – Kampagne“ und Aktionen wie CANT (Städte sind keine Angriffsziele) haben entscheidend dazu beigetragen. Auch die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, der die atomare Bedrohung als völkerrechtswidrig verurteilt hat, ist wesentlich durch die "Mayors for Peace" herbeigeführt worden. In der ständig weiter zunehmenden Zahl der Mitglieder wird die Berechtigung der Auffassung der "Mayor for Peace" dokumentiert, als Vertreter der Städte den Wünschen und Forderungen aller Menschen Ausdruck zu geben. In den letzten zehn Jahren gelang es die Mitgliederzahl in Deutschland mehr als zu verdoppeln. Im Hinblick auf das ehrgeizige Ziel der atomaren Abrüstung bis 2020 ist es wichtig, die Zusammenarbeit mit der Kampagne „unsere zukunfts atomwaffenfrei“ fortzusetzen.

Eine Initiative wächst über den Teich

Für den einen argwohnerregend, für den anderen chancenreich: die Initiative Global Zero war eine Neugründung auf thematisch besetztem Raum und hat daher viele Emotionen hochkochen lassen. Global Zero ist im Vergleich zu anderen NGOs deutlich jünger, hat andere Strategien, modernere Formen des Campaigning, höhere finanzielle Ressourcen, mehr feste Mitarbeiter und eine andere Art Unterstützer – mehr Prominenz, mehr Diplomaten, mehr Politiker – auch und grade aus der etablierten Diplomatie und Politik.

Jüngste Ergebnisse dieser Strukturen waren der Hollywoodfilm „Countdown to Zero“ und die ausgeprägte Lobbyarbeit bei der Entstehung und vor allem bei der Ratifizierung des neuen START-Vertrags. Hinzu kommt in den vergangenen Monaten eine erhebliche Professionalisierung der US-Studenten-Gruppen mit einer großen Konferenz in Washington DC.

Nachdem der neue START-Vertrag in trockenen Tüchern ist, gerät Europa mit den Atommächten Frankreich und Großbritannien sowie mit der nuklearen Teilhabe in den Fokus der Abrüstbemühungen. Global Zero begann mit Kampagnen in dem Staat, der als erstes abrüsten müsste – den USA. Mit dem zunehmenden Fokus auf Europa erweitert die Initiative nun sein US-Team um mehrere Mitarbeiter in Europa – als Erstaufschlag kann die Anstellung der ehemaligen Student Representative Marion Doßner als Mitarbeiterin in Deutschland gewertet werden.

Global Zero wird den am 22. bis 23. Juni stattfindenden Global Zero World Summit nutzen, um neben den bestehenden internationalen Student Representatives ein rein europäisches Studententeam primär aus den europäischen Nuklearmächten und den Staaten der nuklearen Teilhabe zu schaffen. Mit diesem und weiteren Angeboten soll das Thema Nukleare Abrüstung auch in Europa wieder vermehrt in Universitäten, Bevölkerung und Politik getragen werden. Dies soll durch Studenten, Prominenz und eine umfassende mediale Begleitung insbesondere im Internet geschehen.

● Ernesto Ruge

Kontakt: Marion Doßner
mdossner@globalzero.org

* Die Broschüre „Hiroshima mahnt“ kann über die Pressehütte bezogen werden. Sie eignet für die Arbeit mit Jugendlichen.

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
 Atom- und Uranwaffen.
 Für die friedliche Nutzung
 des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1200

Herausgeber:

Pressehütte Mutlangen
 Friedens- und Begegnungsstätte
 Mutlangen e.V.
 Forststraße 3
 73557 Mutlangen
 Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
 www.pressehuette.de
 post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnement:
 Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und
 Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
 der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
 ist der Bezug im Mitglieds-
 beitrags enthalten.

Bankverbindungen:

nur für Abo-Gebühren:
 Friedens- und Begegnungsstätte –
 FreiRaum
 Raiffeisenbank Mutlangen
 BLZ 613 619 75, Konto: 55628010

für steuerabzugsfähige Spenden:
 Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
 Kreissparkasse Ostalb
 BLZ 614 500 50, Konto: 800268499
 Stichwort: Spende FreiRaum
 Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion:

V.i.S.d.P.
 Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
 Tel. 0 71 71 - 18 20 58
 e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
 Beiträge geben nicht unbedingt
 die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout:

Michael Heidinger Graphic Design
 www.michael-heidinger.com

Druck:

UWS-Druck und Papier GmbH
 70184 Stuttgart,
 Telefon (07 11) 46 30 05
 mail@uws-druck.de



**Wie radioaktiv
 ist Ihre Bank?**
 Broschüre bestellen:
02583/1031
 4,50 Euro + Porto
www.urgewald.de

Eine Welt ohne Atomwaffen

**Öffentliche Fastenaktion vom 4. bis 9. 8. 2011
 vor dem Haupttor des letzten Atomwaffenlagers
 in Büchel bei Cochem an der Mosel.**

Donnerstag, 4. August, 20:15 Uhr
 Beginn der Fastenaktion mit Aufstellung des
 Friedenspfahls

Freitag, 5. August, 20:15 Uhr
 Kerzenwege durch Cochem und Andacht zur Orts-
 zeit des Atombombenabwurfs auf Hiroshima.

Samstag, 6. August, 8:15 Uhr
 Andacht am Haupttor des Fliegerhorstes

Montag, 8. August, 11:00 Uhr
 Mahnwache in Cochem

**Dienstag, 9. August,
 11:00 Uhr** Mahnwache am Haupttor des Flieger-
 horstes
16:00 Uhr Abschluss der Fastenaktion

Verantwortlich: Regionalgruppe des Interna-
 tionalen Versöhnungsbundes und Initiativkreis
 gegen Atomwaffen
 Pfarrer Dr. Engelke, mwEngelke@t-online.de
 Dr. Elke Koller, dr.elke.koller@t-online.de

Wir laden herzlich ein, uns vor Ort oder mit einer
 Fastenaktion zu Hause zu begleiten.

Spendenaufruf und Dankeschön

Unsere Arbeit kostet Geld und wir sind dankbar
 für jede Unterstützung. Eine Spende, und sei sie
 noch so klein, hilft uns in unserem Einsatz für eine
 friedlichere und gerechtere Welt frei von Atom-
 und anderen Massenvernichtungswaffen.

Wir danken allen die in den letzten Wochen an uns
 gedacht und unsere Arbeit gefördert haben.
 Ein besonderer Dank gilt dem evangelischen
 Dekan von Schwäbisch Gmünd. Er hat zu seinem
 60. Geburtstag statt Geschenken um Spenden
 für die Friedenswerkstatt gebeten. Da ist eine
 vierstellige Summe zusammengekommen. Wir
 wünschen Dekan Nau Gesundheit und Gottes Se-
 gen und sagen auf diesem Weg ebenfalls: Herz-
 lichen Dank.

Noch ein Vorschlag zur Unterstützung: Die vier
 Innenseiten dieses FreiRaum über die Pax-Chri-
 sti-Studie eignen sich gut zum Verteilen oder
 zum Beiheften bei einer anderen Publikation.
 Wer dafür eine Möglichkeit sieht, möge sich in
 der Pressehütte melden!



Karikatur: Peter Musil